

So, 11.07.2010

Österreich muss seine Rolle definieren

Der US-Diplomat Hoh über die Selbstfindung und die internationalen Beiträge von Österreich und Europa.

Von Floo Weißmann

TT: Was sind derzeit die Themen zwischen den USA und Österreich? Worüber sprechen Sie mit der österreichischen Regierung?

Hoh: Wir sprechen mit den Österreichern darüber, wo wir unsere Zusammenarbeit verstärken können. Im Wesentlichen sind unsere Beziehung gut und stark, und wir arbeiten bereits auf verschiedenen Gebieten zusammen – beispielsweise am Balkan. Aber es gibt auch andere Orte auf der Welt, wo Österreich einen Beitrag leisten kann – als Teil des größeren europäischen Beitrags zur internationalen Sicherheit.

Dieser Beitrag muss nicht immer Truppen bedeuten. Auch Entwicklungshilfe von einem relativ reichen Land wie Österreich ist wichtig. Die Regierung in Wien hat außerdem beschlossen, Polizeiausbilder nach Afghanistan zu schicken. Diese zivilen Missionen sind ein wesentlicher Teil des Puzzles.

Wir sprechen mit den Österreichern auch über bilaterale Kooperation, besonders bei der Strafverfolgung. Vergangene Woche haben wir mit der Justizministerin ein Übereinkommen unterzeichnet, das es uns erlaubt, von kriminellen Organisationen sichergestelltes Geld zu teilen. Die Polizei begrüßt das, weil ein Teil in ihr Budget zurückfließen kann.

TT: Wollen die Vereinigten Staaten, dass Österreich in Afghanistan mehr tut?

Hoh: Ja, daraus haben wir nie ein Hehl gemacht. Vergangenes Jahr hat die österreichische Regierung die Finanzhilfe erhöht. Außerdem trägt Österreich im Rahmen der EU-Programme in Afghanistan etwas bei und hat die bereits erwähnten Polizeiausbilder zugesagt. Es handelt sich also um einen nicht-militärischen Beitrag, aber das ist ein wichtiger Schritt.

TT: Würden Sie auch gerne österreichische Truppen in Afghanistan sehen?

Hoh: Österreich hat in der Vergangenheit Truppen nach Afghanistan entsandt, und das ist noch nicht so lange her. Wenn uns also die Leute erklären, dass dies für Österreich unmöglich sei, dann wollen wir das hinterfragen. Ich glaube, dass es in der Zukunft wieder österreichische Truppen in Afghanistan geben könnte. Aber das muss die österreichische Regierung entscheiden. Derzeit verstärkt Österreich seine Truppen in Bosnien. Das ist wichtig und erlaubt anderen Ländern, Truppen nach Afghanistan zu senden. Das ist also auch ein Beitrag.

TT: Gibt es andere Länder, in denen Sie gerne mehr österreichisches Engagement sehen würden?

Hoh: Afghanistan ist die große Herausforderung unserer Zeit. Dort benötigen wir dauerhafte internationale Bemühungen. Und ich hoffe, dass wir bald ein Abkommen im Nahen Osten sehen. Dort will auch die EU einen Beitrag leisten, und das könnte auch für Österreich eine Aufgabe sein. Die Frage lautet: Was für eine Rolle wollen die Österreicher für ihr Land in der Welt? Und welche Ressourcen wollen sie dafür zur Verfügung stellen? Das ist eine interessante Diskussion, die noch nicht in die Nähe eines Konsenses gekommen ist.

TT: Was für Signale erhalten Sie von Ihren österreichischen Gesprächspartnern? Sind Sie beispielsweise zuversichtlich, dass Österreich am Ende mehr in Afghanistan tut?

Hoh: Wir erhalten gemischte Signale. Es hängt davon ab, mit wem man spricht – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung.

Vor ein paar Wochen habe ich auf einem Flughafen bei Linz einen Container für medizinische Hilfe gesehen. Er wurde von Österreichern in Österreich entwickelt. Man kann darin sogar Operationen durchführen. Das ist eine großartige Innovation, die ein Beitrag zu einer Friedensmission der UNO oder der EU oder jeder Art von Koalition sein kann. Österreich hat auch einen guten Ruf in der zivil-militärischen Koordination, der Logistik oder bei Bergpatrouillen und Bergrettung.

Es gibt also einige Bereiche, die Österreich als seine Nische definieren könnte, und das wäre sehr hilfreich. Es gibt auch im zivilen Bereich Möglichkeiten, einen Beitrag zu leisten – etwa die Hilfe bei rechtsstaatlichen Reformen. Österreicher haben Erfahrung damit auf dem Balkan gesammelt. Aber es liegt nicht an uns zu sagen, was Österreich tun soll. Sondern es geht darum, was Österreich tun will und wie es seine Rolle definiert.

TT: In den vergangenen Jahren waren auch der Iran und das dortige Engagement der OMV ein Thema zwischen den USA und Österreich. Liegt das noch am Tisch?

Hoh: Wir sprechen viel mit Österreichern über den Iran – in der Regierung und in der Wirtschaft. Wenn die Internationale Atombehörde erklärt, dass sie nicht bestätigen kann, dass die Absichten des Iran friedlich sind, und dass es im Iran genug angereichertes Uran für zwei Bomben gibt, dann muss das ein Weckruf sein. Aber die OMV hat ihre Projekte dort ziemlich zurückgefahren, und die Regierung hat erklärt, dass dies nicht die Zeit ist, neue Geschäfte mit dem Iran zu entwickeln. Wir haben gesehen, dass die Österreicher wirklich ein Teil der Lösung sein wollen, und das begrüßen wir.

TT: Sie sind also zufriedener mit den Österreichern, als sie es waren?

Hoh: Auf jeden Fall!

TT: Die Vereinigten Staaten suchen nach wie vor Länder, die Insassen aus dem Gefängnis in Guantanamo aufnehmen. Die österreichische Regierung hat dies bisher abgelehnt. Versuchen Sie weiterhin, die Regierung zu überzeugen?

Hoh: Es ist kein Geheimnis, dass die USA versuchen, Regierungen auf der ganzen Welt zu überzeugen, Insassen aufzunehmen. Als Präsident Barack Obama sein Amt antrat, ordnete er an, das Gefängnis zu

schließen. Wir arbeiten hart daran, das zu tun. Im Mai hatten wir 59 Insassen überstellt, soweit ich weiß. Das schließt auch mehrere Nachbarn von Österreich ein – wie die Schweiz, Ungarn und die Slowakei – und diese Länder sind Teil des Schengenraums. Ich bin also nicht sicher, ob die Vorstellung, dass diese Leute nie in Österreich auftauchen können, wirklich noch zutrifft. Ich denke, die österreichischen Behörden sollten sich die Erfahrungen der Nachbarn anschauen und dann ihre Entscheidungen treffen.

TT: Präsident Obama ist in Europa populärer als in den USA. Was ist Ihre Erklärung dafür?

Hoh: Das ist nicht ungewöhnlich. Ich bewundere, dass Präsident Obama nicht ein Problem nach dem anderen angepackt hat, sondern alle parallel – vom Klimawandel über die Finanzkrise bis zur neuen Zusammenarbeit mit Partnern in Europa und einem Neustart mit Russland. Das ist eine gewaltige Agenda. Nach der Wahl wirkt ein Politiker zuerst wie ein Messias, und jeder Bürger hat Erwartungen, was er für ihn tun wird. Dann beginnt das Regieren und der Präsident muss Entscheidungen treffen. Ob bei der Gesundheitsreform, dem Klimaschutzgesetz oder der Finanzmarktreform – überall gibt es zwangsläufig Menschen, die damit weniger glücklich sind. Aber (für die Beurteilung Obamas) in Europa spielen diese Details der amerikanischen Innenpolitik keine Rolle.

TT: Henry Kissinger wird die berühmte Frage zugeschrieben: Welche Telefonnummer hat Europa? Inzwischen hat sich Europa mit dem Reformvertrag von Lissabon neue Strukturen gegeben. Weiß Amerika jetzt, welche Nummer Europa hat?

Hoh: Der neue Witz geht so: Wenn Sie Europas Nummer anrufen, hören Sie ein Tonband, auf dem es heißt: Für die Kommission drücken Sie bitte die Eins, für den EU-Rat die Zwei usw... Letztlich besteht die Gefahr, dass die Europäer sich zu sehr auf die internen Strukturen und Reformen konzentrieren und nicht auf deren praktische Anwendung: Wie verfolgen wir die Finanzströme von Terroristen? Wie engagieren wir uns in Afghanistan? Wie bringen wir Frieden im Nahen Osten voran? Amerikaner konzentrieren sich auf die praktische Lösung von Problemen. Wir sind nicht prozessorientiert und nicht dafür bekannt, besonders geduldig zu sein. Das führt zu Diskussionen (mit den Europäern).

Letztlich aber reift die institutionelle Basis von Europa, und es gibt heute eine bessere Grundlage für Zusammenarbeit. Der Trend ist also positiv, aber wir sind noch im Begriff herauszufinden, wie die Beziehungen zwischen den neuen Institutionen aus dem Lissabon-Vertrag funktionieren.

TT: Zwischen den USA und Europa gab es mehrere Dispute über den Schutz der Privatsphäre. Zuletzt ging es um Bankdaten, davor um Reisedaten und Polizeiakten. Warum ist es immer die europäische Seite, die Datenschutz-Bedenken äußert?

Hoh: Ich sollte den Ball zurückspielen – vielleicht sind es die europäischen Medien, die nicht das vollständige Bild dargestellt haben. Beide Gesellschaften sorgen sich um die Privatsphäre des Einzelnen.

Im jüngsten Fall hat das EU-Parlament Bedenken über das Programm zur Verfolgung von Finanzströmen von Terroristen (das „Swift-Abkommen“ zur Weitergabe von Bankdaten) geäußert. Wir haben das Abkommen neu verhandelt und uns wirklich bemüht, diesen Bedenken gerecht zu werden.

Beispielsweise gibt es jetzt eine große Rolle für Europäer bei der Kontrolle darüber, wie Bankdaten abgefragt und verwendet werden.

Die Vereinigten Staaten sind aus der Revolution gegen die britische Regierung geboren worden, und wir schätzen ebenfalls die Privatsphäre des Einzelnen. Doch Amerikaner und Europäer haben verschiedene Wege, dies umzusetzen. Wir haben beispielsweise einen leitenden Datenschutz-Beamten in jeder Behörde, Österreich hat dafür ein zentrales Büro im Kanzleramt. Beide Modelle funktionieren verschieden.

TT: Es heißt immer wieder, die Obama-Regierung sei weniger an Europa interessiert als frühere US-Regierungen. Hat China Europa vom Radarschirm der USA geschubst?

Hoh: Ich denke nicht. China und Indien – die weltgrößte Demokratie – sind wichtig. Es gibt dort Wirtschaftswachstum und politische Veränderungen, wir müssen uns dort also engagieren. Aber Obama und sein Team haben sich auch in Europa engagiert – Außenministerin Hillary Clinton hat soeben fünf europäische Länder in fünf Tagen besucht. Wir bemühen uns aber, dass unsere Gespräche mit Europa sich nicht nur um Europa drehen und um die klassischen transatlantischen Themen. Wir haben nicht mehr dieselbe Agenda wie vor ein paar Jahrzehnten. Die große Bedrohung durch die Sowjetunion existiert nicht mehr. Es gibt aber Herausforderungen an anderen Orten. Und weder die USA noch Europa können sich alleine damit befassen, sondern wir müssen zusammenarbeiten. Wir haben gemeinsame Werte und wechselseitige Interessen. Wir sind also sehr an Europa interessiert.